

Die Covid-19-Impfpflicht: Eine Verletzung der Menschenwürde

Kai Möller¹

Grundrechte und Menschenwürde

Der große liberale Philosoph Ronald Dworkin hat einen wichtigen Punkt über die Natur der Grundrechte aufgegriffen, als er argumentierte, dass Rechte den Staat daran hindern, Dinge zu tun, die ansonsten im Allgemeininteresse liegen könnten. Am offensichtlichsten ist dies im Falle absoluter Rechte, die den Kern der Menschenwürde schützen, wie zum Beispiel dem Verbot von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung, dem Verbot von Sklaverei und Zwangsarbeit, dem Recht auf einen fairen Prozess, der Gedankenfreiheit und der Glaubensfreiheit. Was auch immer der Staat dadurch erreichen kann, dass er Terrorverdächtige foltert, einen Teil der Bevölkerung der Zwangsarbeit unterwirft, Mitgliedern des organisierten Verbrechens ein faires Verfahren verweigert, oder die Anhänger eines gefährlichen Irrglaubens einer Gehirnwäsche unterzieht, diese Handlungen sind absolut verboten, weil sie mit der Menschenwürde des betroffenen Individuums unvereinbar sind.

Die Impfpflicht als (möglicherweise) rechtfertigbar in extremen Ausnahmefällen?

Wie verhält es sich mit der Covid-19-Impfpflicht, die inzwischen von der österreichischen Regierung angestrebt wird, in Deutschland zu kommen scheint, und sogar von der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ins Spiel gebracht wurde? Ich habe großen Respekt für die Haltung, dass jegliche Impfpflicht eine unmittelbare Verletzung der Menschenwürde darstellt und damit kategorisch unzulässig ist. Es liegt etwas Dunkles und Hässliches, etwas Totalitäres, darin, von einer Person unter Strafandrohung zu verlangen, sich gegen ihren Willen eine Flüssigkeit in den Körper injizieren zu lassen, die dort eine physiologische Reaktion auslöst.

Trotz dieser schwerwiegenden Bedenken werde ich in diesem Beitrag den Gedanken verfolgen, dass eine Impfpflicht die Menschenwürde nicht notwendigerweise verletzt. Es sollte jedoch aufgrund der obigen Ausführungen klar sein, dass eine Impfpflicht, selbst wenn sie die Grenze zur Menschenwürdeverletzung nicht in jedem Fall überschreitet, sich recht nahe an dieser Linie bewegt. Daraus folgt, dass sie, wenn überhaupt, nur in Ausnahmefällen gerechtfertigt werden kann; umgekehrt folgt, dass sie nicht allein dadurch gerechtfertigt werden kann, dass sie die Effektivität der Covid-Bekämpfung etwas verbessert.

Das Argument derjenigen, die eine Impfpflicht gegen Covid verlangen, ist nun in der Tat, dass die Ausnahmesituation, in der eine Impfpflicht gerechtfertigt werden kann, besteht. Sie behaupten, dass Deutschland und Österreich ohne eine Impfpflicht nicht durch den Covid-Winter kommen werden, ohne wiederum schwerwiegende Restriktionen oder sogar Lockdowns einzuführen, die zweifelsohne katastrophale Folgen haben. Daher, so das Argument, liege ein Notfall vor, der die ausnahmsweise Einführung der Impfpflicht rechtfertige.

Meiner Meinung nach kann ein Argument mit dieser Struktur unter gewissen Umständen überzeugen. Stellen Sie sich vor, dass die einzige Möglichkeit, eine große Anzahl von Kindern vor einem hypothetischen, für sie tödlichen Bakterium zu schützen, darin besteht, alle Erwachsenen

¹ Professor of Law, Law School, London School of Economics & Political Science (LSE).

gegen diesen Erreger zu impfen, um so dessen Zirkulation in der Gesellschaft zu unterbinden. Obwohl dies in letzter Zeit ignoriert wurde, ist es eine zeitlose Wahrheit, dass eine Gesellschaft besondere Pflichten gegenüber ihren Kindern hat und dass sie dem Wohlergehen von Kindern gegenüber dem von Erwachsenen den Vorrang einräumen muss. In meinem hypothetischen Beispiel wäre eine Impfpflicht vielleicht gerechtfertigt.

Covid

Aber die gegenwärtige Situation liegt anders. Wir sollten dem Argument für die Impfpflicht damit begegnen, dass wir hinterfragen, warum Deutschland und Österreich die einzigen Länder zu sein scheinen, die diese totalitäre Maßnahme begrüßen. In England, wo ich arbeite und überwiegend lebe, liegt die Inzidenz seit Juli zwischen 300 und 500; es gibt keine Impfpässe; wenige Masken; das Lebensgefühl ist frei und offen; und das staatliche Gesundheitssystem kommt bisher zurecht, obwohl es in britischen Krankenhäusern weniger als ein Viertel der Betten gibt, die in Deutschland zur Verfügung stehen. Haben Deutschland und Österreich wirklich alles probiert, um die Wahl zwischen Impfpflicht und Lockdown zu vermeiden? Könnte es vielleicht der Fall sein, dass die Impfpflicht die einfache und verlockende Antwort ist, ausgewählt, um politisches Versagen zu verdecken und Schuldzuweisungen und Wut von den Politikern auf die Ungeimpften umzulenken? Ich bin in London noch kein einziges Mal von Bekannten, Kollegen, oder, Gott bewahre, Fremden nach meinem Impfstatus gefragt worden. Die Ausgrenzung der Ungeimpften, die in Deutschland so hässlich und brutal betrieben wird, findet dort schlicht nicht statt. Stattdessen betonen Premier- und Gesundheitsminister bei jeder Gelegenheit, was für ein großartiger Erfolg das Impfprogramm sei (die Impfraten sind übrigens ähnlich wie in Deutschland), und fordern die Bevölkerung lächelnd auf, bei dieser Erfolgsgeschichte mitzumachen und sich impfen und boostern zu lassen, sofern dies noch nicht geschehen sei. Bevor Deutschland und Österreich die Einführung einer Impfpflicht überlegen, müssen sie darlegen, wie es sein kann, dass in Deutschland unbedingt sein muss, was in keinem anderen europäischen Land erforderlich ist.

Das prinzipielle Argument gegen die Covid-19-Impfpflicht

Abgesehen von den kontextspezifischen Zweifeln an der Impfpflicht gibt es auch ein tieferes moralisches Problem. Dieses Problem hat, wie so oft in moralischen Fragen, mit den Beziehungen zwischen den jeweiligen Akteuren zu tun. Nehmen wir das Beispiel Joshua Kimmichs, mit dessen Weigerung, sich impfen zu lassen, sich Deutschland so hingebungsvoll beschäftigt hat. Warum sollte eine Impfpflicht für Kimmich gelten? Als erstes könnte man daran denken, dass er damit vor Covid geschützt wird. Das Problem ist, dass das der Fall sein mag, er aber als freier Mensch nicht zu seinem eigenen Schutz gezwungen werden darf. Eine zweite Idee wäre, dass so vermieden wird, dass Kimmich ein Krankenhausbett belegt, wenn er schwer an Covid erkranken sollte. Auch dies ist nicht überzeugend, da die Wahrscheinlichkeit, dass Kimmichs Covid-Infektion (die inzwischen eingetreten ist) schwer verläuft, vernachlässigbar ist. Das beste Argument für eine Impfpflicht für Kimmich ist das dritte, wonach geimpfte Menschen das Virus weniger häufig übertragen. Empirisch scheint dies nicht ganz unbestritten zu sein, aber wenn wir davon ausgehen, dass es zutrifft, dann können wir sagen, dass Kimmichs Impfung dazu beitragen würde, die Inzidenz in Deutschland zu senken und somit insbesondere Ungeimpfte davor schützen würde, sich zu infizieren und ins Krankenhaus zu müssen. Dies wiederum trüge dazu bei, die gefürchtete Überlastung des Gesundheitssystems zu vermeiden, ohne dass weitere Lockdowns drohen.

Das Ziel der Impfpflicht scheint also zu sein, die Zirkulation des Virus zu verringern und damit insbesondere ältere, ungeimpfte Menschen zu schützen. Aber es ist schlicht nicht rechtfertigbar, mit dem Mittel des Strafrechts Leute zur Impfung zu zwingen, um so diejenigen Mitbürger zu schützen, die sich aus freier Entscheidung nicht impfen lassen wollen. Kimmich und jeder andere kann sich für eine Impfung entscheiden, um sich selbst zu schützen, und jeder, der sich um seine eigene Gesundheit keine Sorgen macht, kann sich aus Liebe zu seinen ungeimpften, insbesondere älteren, Mitbürgern impfen lassen. Aber diese Großzügigkeit kann nicht unter Strafandrohung erzwungen werden.

Eine Gesellschaft ist im Prinzip berechtigt, Opfer für diejenigen zu verlangen, die nicht in der Lage sind, für sich selbst zu sorgen. In meinem obigen, hypothetischen Beispiel kann es zum Beispiel zulässig sein, Erwachsenen eine Impfpflicht aufzuerlegen, um die Kinder vor einer Ansteckung mit einem für sie tödlichen Bakterium zu bewahren, weil sich die Kinder nicht selbst schützen können. Aber sicherlich können wir nicht jedem eine Impfpflicht auferlegen, um diejenigen zu schützen, die sich aus eigener Entscheidung dagegen entscheiden, für sich selbst zu sorgen. Zur Erinnerung: die Impfpflicht ist eine Maßnahme, die in der Nähe einer Menschenwürdeverletzung liegt und, wenn überhaupt, nur in Ausnahmefällen gerechtfertigt werden kann. Von einer Person zu verlangen, sich impfen zu lassen, um eine andere Person zu schützen, die sich aus freien Stücken gegen eine Impfung entscheidet, kommt einer solchen Ausnahmesituation nicht ansatzweise nahe. Hierin liegt der moralische Kernfehler der aktuellen Vorschläge zu einer Impfpflicht.

Mögliche Einwände

Lassen Sie mich auf zwei mögliche Einwände eingehen. Ein Gegenvorschlag könnte sein, dass nur Personen mit einem höheren individuellen Risiko ein Impfmandat auferlegt werden sollte. So hat Griechenland kürzlich ein Impfmandat für Menschen über 60 Jahren angekündigt. Dieser Ansatz ist sicherlich weniger offensichtlich ungerechtfertigt und eindeutig enger und damit besser auf das Ziel der Aufrechterhaltung des Gesundheitssystems ausgerichtet als der deutsche Vorschlag. Aber er verletzt dennoch die Menschenwürde. Bedenken Sie, dass man eine Person nicht zu ihrem eigenen Schutz zwingen kann, sich impfen zu lassen: dies wäre eine nicht zu rechtfertigende medizinische Bevormundung. Das Argument zur Verteidigung der griechischen Politik kann daher nicht sein, dass die 70-jährige Elena sich einer Impfpflicht unterziehen muss, um sie vor einer ernsthaften Erkrankung zu schützen. Daher könnte nun argumentiert werden, dass Elena sich impfen lassen muss, damit sie im Krankheitsfall nicht das Krankenhausbett belegt, das der 68-jährige Georgios für seine Covid-Behandlung benötigt. Also muss Elena für Georgios geimpft werden und Georgios für Elena. Aber diese Gedankenakrobatik kann nicht verdecken, dass sowohl Elena als auch Georgios gegen ihren Willen geimpft werden, um sicherzustellen, dass sie keinen schweren Covid-Verlauf haben. Dies ist eine erzwungene medizinische Behandlung und in einer Gesellschaft, die der Freiheit und der Menschenwürde verpflichtet ist, inakzeptabel.

Das zweite Gegenargument könnte sein, dass es bei einer Impfpflicht nicht nur um den Schutz der Ungeimpften geht, sondern auch um den derjenigen Geimpften, die weiterhin vulnerabel sind. Dazu ist zu sagen, dass in einer freien Gesellschaft ein gewisses Risiko für Leben und Gesundheit durch Viren und andere Gefahren in Kauf genommen werden muss. Die neuen Impfstoffe sind ein Wunder, das wir feiern sollten; aber die Tatsache, dass sie nicht alle vulnerablen Personen in 100% der Fälle schützen, begründet nicht annähernd den Ausnahmefall, den wir brauchen, um eine Impfpflicht rechtfertigen zu können.

Ein Preis, den wir nicht zahlen sollten

Würde eine Impfpflicht funktionieren? Der Virologe und Epidemiologe Klaus Stöhr denkt, dass dies in der aktuellen Situation nicht der Fall sein wird, da sie zu spät kommen wird, um in diesem Winter noch viel zu bewirken.² Es kann also gut sein, dass der Vorschlag einer Impfpflicht nicht davon getrieben ist, ein Problem zu lösen, sondern vielmehr von Ressentiments gegenüber Ungeimpften – einer Haltung, die Deutschland und Österreich vielleicht noch auf die Füße fallen wird. Aber selbst wenn die Impfpflicht in gewissem Sinne ein Erfolg werden sollte und uns helfen sollte, Lockdowns und sonstige Maßnahmen zu beenden, und selbst, wenn die Spaltung, Wut und, wie der ehemalige Bundesinnenminister Otto Schily kürzlich gewarnt hat,³ Gewaltausbrüche, die ihre Durchsetzung mit sich bringen würde, vermieden oder überwunden werden könnten, wäre sie nur zu einem hohen Preis zu haben. Deutschland und Österreich sollten diesen Preis, nämlich den der Verletzung der Grundrechte und der Menschenwürde, nicht zahlen.

² <https://www.presseportal.de/pm/58964/5088366>.

³ <https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus235395056/Otto-Schily-Die-Impfpflicht-eine-verfassungswidrige-Anmassung-des-Staates.html>.